Konsenspolitik durch Dialog
Gespräch mit Wim Kok über die Partei der Arbeit und den Kapitalismus in den Niederlanden*

Wim Kok, geb. 1938 in Bergambacht, war Vorsitzender des niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV und ist seit 1994 Ministerpräsident der Niederlande.

Seit 1989 hat die „Partij van de Arbeid" (PvdA) durch ihre Beteiligung am dritten Kabinett Lubbers (1989-1994) und den zwei „violetten" Kabinetten Kok einen wichtigen Beitrag zur sozialökonomischen Politik geleistet. In dieser Zeit zeigte die Erholung der niederländischen Wirtschaft, die bereits durch die Kabinette Lubbers I und II angekurbelt wurde, ihre Auswirkungen. Hinkten die Niederlande Anfang der achtziger Jahre der europäischen Entwicklung hinterher, ist das Land heute sozusagen zum Vorreiter geworden. Es sieht so aus, als ob die Vorteile des angelsächsischen Modells – flexibler Arbeitsmarkt und Schaffung von Arbeitsplätzen – mit denen des kontinentaleuropäischen Modells (also einer Basis an sozialer Sicherheit und Verringerung des sozialen Ungleichgewichts) kombiniert wurden. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ging einher mit dem Rückgang von Finanzierungslücken und geringerer Steuerbelastung, sodass die Niederlande die Kriterien zum Beitritt in die EWU mit Leichtigkeit erfüllen konnten.

Während der wirtschaftliche Erfolg in den Niederlanden kaum in das öffentliche Bewusstsein gelang, sprach die ausländische Presse vom holländischen „Poldermodell". Die weltweite Begeisterung für die niederländischen Leistungen führte in den Niederlanden selbst zu neuem Selbstvertrauen. Das Wassenaar-Abkommen wurde wieder entdeckt, das Beratungsmodell neu ausgelegt. Das sozialdemokratische Lob aus dem restlichen Europa galt auch der Entwicklung der PvdA. Im Nachhinein werden die niederländischen Sozialdemokraten als Wegbereiter für den neuen sozialdemokratischen Kurs angesehen, der in Großbritannien als „Third way" und in Deutschland als „Die neue Mitte" bezeichnet wird. Der Fokus des ausländischen Interesses zwingt die PvdA zu einer Standortbestimmung in der aktuellen internationalen Debatte sowie zu einer eingehenden Analyse ihrer Stärken und Schwächen. Es reicht nicht mehr, nur die Frage zu beantworten: Was können wir aus der Debatte um den dritten Weg lernen? Die PvdA muss sich bewusster machen, was die Schwesterparteien in anderen Ländern aus den niederländischen Erfahrungen lernen können – sowohl im positiven als auch im negativen Sinn.

Über die Erfahrungen des abgelaufenen Jahrzehnts und die neuen Aufgaben der Sozialdemokratie sprachen wir mit Wim Kok. Er war als Vorsitzender der FNV (Niederländischer Gewerkschaftsbund) einer der Hauptverantwortlichen für das Wassenaar-Abkommen. Er war von 1989 bis 1994 Finanzminister und ist seit 1994 Ministerpräsident.

F.B./P.C.

* Das Gespräch führten Frans Becker und Paul Kalma. Es wurde aus dem Niederländischen übersetzt. Vorabdruck aus: Frans Becker/Wim van Hennekeler/Bart Tromp (red.), Hedendags Kapitalisme. Het twintigste jaarboek voor het democratisch socialisme, Amsterdam 1999 (erscheint Sept./Okt.)

Frage: Nicht nur im Ausland, auch in den Niederlanden hat deren sozialökonomische Politik in der abgelaufenen Legislaturperiode und ihr Zustandekommen große Wertschätzung erfahren. Wie sehen Sie diese Beurteilung des „Poldermodells" – wenn wir von einem Modell sprechen können?

Wim Kok: Der Ausdruck „Poldermodell" ist mittlerweile ein allgemeingebräuchlicher Begriff geworden. Warum sollten wir ihn nicht so verwenden? Meiner Ansicht nach haben zwei zentrale Merkmale das „Poldermodell" zum Erfolg geführt. Das erste Merkmal ist der in unserem Land tief verwurzelte Dialog auf sozialökonomischem Gebiet. Nach 1945 hat die Tradition eine institutionelle Form in der „Stichting van de Arbeid" (Stiftung der Arbeit) und in dem „Sociaal-Economische Raad" (SER – Sozialökonomischer Rat) erhalten. Dialog ist jedoch nicht gleichbedeutend mit Harmonie. Im SER wurden zahlreiche Konflikte ausgefochten. Dabei ging es bisweilen heftig zu, einschließlich des Verlassens des Verhandlungstisches. Das Bestehen der „Stichting van de Arbeid“ hat nicht verhindern können, dass es zu teilweise kämpferischen und umfassenden Streiks kam. Die Tradition des Dialogs ist beim „Poldermodell" essentiell und bindet die Konfliktparteien letztendlich an gemeinsame Lösungen, wenngleich dies nicht bedeutet, dass die Konfliktparteien keine unterschiedlichen Auffassungen haben.

Das zweite Merkmal besteht darin, dass bei dem niederländischen Modell die sozialökonomische Agenda, über die diskutiert und verhandelt wird, recht umfangreich ist. Dies gilt in erster Linie für die Überlegungen hinsichtlich der Arbeits(platz)bedingungen im engsten Sinn: Hierbei handelt es sich nicht nur um eindimensionale, sondern um komplexe Problemstellungen. Auf der Tagesordnung standen auch Arbeitsqualität, Probleme der Weisungsbefugnis und der Verzicht auf Lohnerhöhung. Die Überlegungen beschränken sich nicht nur auf Vereinbarungen, die Arbeitsplätze sichern sollen. Es wird ebenfalls über die Möglichkeiten verhandelt, Arbeitsplätze für Menschen ohne Ausbildung zu schaffen, und zwar durch Schulungen und Weiterbildungen oder durch eine spezielle Begleitung für schwer vermittelbare Arbeitskräfte. Unter Berücksichtigung der im Jahr 1982 unumkehrbar festgelegten Dezentralisierung der Politik der Arbeitsbedingungen arbeiten die Vertragsparteien auf zentralem Niveau doch eine solch umfangreiche Agenda ab. Sie sind für die langfristigen Entwicklungen verantwortlich. Eine vergleichbar umfangreiche Agenda besteht auch innerhalb des SER. Sie beschränkt sich im Übrigen nicht auf Vorgehensweisen zur Schaffung und Verteilung von Wohlstand, sondern umfasst ebenfalls die Frage, wie die Bedingungen für eine dauerhafte Entwicklung gefestigt werden können. Es geht hierbei um den Begriff „Qualität des Bestehenden“ im weitesten Sinne, einschließlich Umwelt, öffentlicher Maßnahmen und Qualität der sozialen Sicherheit sowie um die Frage, wie die direkt verfügbaren Mittel und Ausgaben, die der Qualität des Bestehenden zugute kommen, verteilt werden sollen. In diesem Zusammenhang ist das so genannte „grüne Poldermodell" von Belang, das sich unterdessen allmählich entwickelt.

Das „Poldermodell" bedeutet für mich nicht, dass wir gemütlich beieinander sitzen nach dem Motto „Welch gutes Wetter wir hier haben, wo es doch hinter dem Deich ziemlich stürmt.“ Das Modell zeigt eine Haltung bzw. Vorgehensweise derjenigen Parteien auf sozialökonomischem Gebiet, die unter Berücksichtigung ihres jeweiligen Interesses über den eigenen Tellerrand hinaus sehen können, langfristig denken und Belange die anderer respektieren können.

Es gibt keine Gründe, das "Poldermodell" romantisch zu verklären. Ich bin kritisch. In einer sich schnell verändernden Umgebung, in einer immer internationaler werdenden Wirtschaft

und infolge grenzüberschreitender technologischer Entwicklungen ergeben sich immer wieder neue Herausforderungen, und zwar nicht nur in ökonomischer, sondern auch in sozialer und kultureller Hinsicht. Auf der politischen Tagesordnung müssen solche neuen Fragen und Problematiken stets berücksichtigt werden. Andererseits bin ich geneigt, das „Poldermodell" weiterhin zu pflegen, zumal unsere Leistungen zu Recht positiv beurteilt wurden.

Als das erste „violette" Kabinett 1994 die Regierung übernahm, gab es eine einflußreiche Bewegung, die die Vorrangstellung der Politik wiederherstellen und die Bedeutung der Sozialpartner, zum Beispiel auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit, durchbrechen wollte. Wie verhält sich diese Bewegung zu der heutigen Beurteilung des auf alle Gesellschaftsgruppen orientierten „Poldermodells"?

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Was ich hier beschreibe, ist nichts, was außerhalb der Politik stattfindet. Die Politik nimmt auf verschiedene Weise an Entscheidungs- und Verhandlungsprozessen teil. Die politischen Parteien sind ebenfalls an der umfangreichen sozialökonomischen Agenda interessiert und davon betroffen. Zudem waren an unserem „Poldermodell" lediglich Koalitionsregierungen beteiligt, die ohne Dialog gar nicht bestehen könnten. Im Ausland ist man über unsere Koalitionsbildung stets überrascht. Auf der einen Seite stellt man fest, wie klein die gemeinsamen Nenner sind, und auf der anderen Seite wird beobachtet, dass wir es immer wieder schaffen, die Gegensätze zwischen den Parteien zu überbrücken, die eigentlich auch Gegner sein könnten.

Natürlich muss man beim Dialog über eine umfangreiche sozialökonomische Agenda zwischen der Verantwortung und der Rolle des Staates sowie der Art und Weise unterscheiden, wie die Sozialpartner ihre Position bestimmen. Das „Poldermodell" in den Niederlanden impliziert jedoch sowohl die Art und Weise, wie die Sozialpartner ihre sozialpolitische Verantwortung wahrnehmen, als auch wie der Staat über Parteigrenzen hinweg zuhört und versucht, durch den Dialog eine Konsenspolitik zu erlangen. In so manchem Nachbarland und auf europäischer Ebene sehe ich mich mit der Auffassung konfrontiert: Wir verstehen sehr gut, dass dieses Modell teilweise problematisch ist und nicht nur Vorteile bietet, was uns jedoch interessiert, ist, wie durch diese Dialogform Verantwortung herausgebildet werden kann. Im Europa der EWU besteht großes Interesse an dem niederländischen Modell, in dem sämtliche Beteiligten auf der Grundlage einer umfangreichen politischen Agenda versuchen, zueinander zu finden und die Qualität der Politik zu verbessern. Ich finde diese Würdigung der „Polderwirtschaft“ bzw. des „Poldermodells“ selbst durchaus berechtigt.

Es gibt die Ansicht, dass nicht die Traditionen des gemeinsamen Gesprächs und der Einigung für den Erfolg des „Poldermodells" maßgeblich sind, sondern die stärkere Umsetzung von Marktwirtschaft bzw. – anders formuliert – die Einführung angelsächsischer Elemente.

Lassen Sie mich zwei Beispiele anführen, die die Bedeutung dessen, was ich hier als Kern des „Poldermodells" bezeichnet habe, unterstreichen. Das erste Beispiel betrifft die Kinderkrippe. Warum sollten Unternehmer sich um Kinderkrippen kümmern, als ob es in ihrer Verantwortlichkeit liegen würde? Höchstens deshalb, weil es schwierig ist, auf dem Arbeitsmarkt Personal zu finden, das keine Kinderbetreuungsprobleme hat. Im niederländischen Modell wird diese Problematik anders gehandhabt. Wenn in der „Stichting van de Arbeid“ eine etwaige Erweiterung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten besprochen wird, sind die Ar-

beitgeber dafür offen. Auch sie realisieren, dass der Dialog sich in dieser Hinsicht vollkommen verändert hat, dass sich die Arbeits- und Freizeitmuster geändert haben und ein Teil der neu geschaffenen Arbeitsplätze diesen geänderten Arbeitsmustern, u. a. der Teilzeitarbeit, zu verdanken ist. Werden diese Themen zentral besprochen, ist dies bereits der Anfang zur Integration in Tarifverträge.

Ein zweites Beispiel besteht in der Verantwortung, Mitglieder von Minderheiten in den Arbeitsprozess zu integrieren. Selbstverständlich ist es erforderlich, alles in Zahlen festzuschreiben – arithmetische Modelle funktionieren in diesem Bereich nicht. Im niederländischen Modell gehört es jedoch dazu, die Teilnahme dieser Gruppen am Arbeitsprozess zu verbessern und dies als gemeinsame Verantwortung und gemeinschaftliches Interesse aller niederländischer Unternehmen zu formulieren. Diese Verantwortung reicht über das Interesse der einzelnen Unternehmungen hinaus. Das ist die Psychologie des „Poldermodells". Wer in den Niederlanden auf eine verantwortungsvolle Weise seiner Aufgabe nachkommen möchte, ob als Unternehmer oder Gewerkschafter, sollte Verantwortlichkeiten berücksichtigen, die bei einem begrenzten Verständnis von Aufgaben sicher nicht beachtet würden.

Gab es in der abgelaufenen Legislaturperiode Momente, in denen Sie ein mangelndes Handlungsvermögen des Staates festgestellt haben?

Es wäre zu negativ, von mangelndem Handlungsvermögen zu sprechen. Es sollte eher erörtert werden, welche Entwicklungen den Staat wesentlich beeinflusst haben. Außergewöhnlich großen Einfluss hatten selbstverständlich der Maastrichter Vertrag und seine Eintrittskriterien für die EWU. Aber der Maastrichter Vertrag hat das nationale Handlungsvermögen gar nicht eingeschränkt, im Gegenteil, er hat es enorm vergrößert. Erst seit der Ära Delors haben wir in Europa einen Binnenmarkt. Hätten wir diesen Markt nicht geschaffen, stünden wir im Übrigen äußerst schlecht da. Ab Mitte der achtziger Jahre war in einigen Mitgliedsstaaten, einschließlich der Niederlande, die Überzeugung vorherrschend, dass etliche politische Optionen im sozialökonomischen Bereich strukturell anders formuliert werden sollten. In den Niederlanden wurde damals dafür optiert, das Einkommen durch Streuung der Arbeit im weitesten Sinne des Wortes umzuverteilen. Einige dieser politischen Optionen stießen auf erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten, andere wurden durch sie entwickelt und getragen. Seit Beginn der neunziger Jahre haben wir selbst unbequeme politische Maßnahmen zu verantworten, manchmal, weil wir dachten, es ginge nicht anders, und manchmal, weil wir wirklich davon überzeugt waren; ein einziges Mal war es eine Mischung aus beidem.

Seit Ende der achtziger Jahre haben wir ernsthaft über eine einheitliche Währung nachgedacht. Der Maastrichter Vertrag war das Resultat. Die Unterzeichnung erbrachte sozusagen als Prämie die Teilnahme an der Währungsunion, bedeutete jedoch auch, dass die Eintrittskriterien eingehalten werden mussten und somit der Staatshaushalt in Ordnung gehalten werden musste.

Ist das nun ein Opfer, dass ein Land Europa bringt? Nein, es ist die Wahl, die im Interesse der Qualität des eigenen Zusammenlebens getroffen wird. Die Sanierung sorgt jedenfalls für mehr Dynamik, bietet weitere Möglichkeiten in der öffentlichen Finanzpolitik und schafft Raum für Innovation und Konkurrenzfähigkeit. Ich schließe nicht aus, dass, wäre die EWU nicht gegründet worden, einige europäische Länder, eventuell auch die Niederlande, ihre Haushaltspolitik länger hätten schleifen lassen. Ich spreche hier ein paar große Worte sehr

gelassen aus. Ich weiß, wie schwierig es in den Jahren 1993 und 1994 mit dem geringen Wirtschaftswachstum war, diesen Gesundungsprozess durchzusetzen.

Einige sind der Ansicht, dass in Europa noch zu wenig getan wird, um den damaligen Ambitionen von Delors, eine einheitliche Wirtschaftspolitik zu führen, gerecht zu werden. In diesem Zusammenhang fällt z.B. der etwas getragene Begriff des „gouvernement économique".

Erstens: Die Ideen sind, auch in ihrer Umsetzung, nicht klar ausformuliert worden. „Gouvernement économique" ist ein französischer Begriff, der vor allem von französischen Politikern verwendet wird. Frankreich ist ein zentral regiertes Land, viel zentraler als die EU. Wenn Sie damit darauf anspielen wollen, dass Europa mehr bedeutet als ein gemeinsamer Markt, dann bin ich einverstanden. Wir dürfen die Vorteile eines Marktes und einer Währung nicht unterschätzen; ein größerer Markt bietet einen enormen Vorteil für eine offene Volkswirtschaft, wie zum Beispiel für die niederländische, aber auch für andere Länder. Die Gemeinschaftswährung vereinfacht die Steuerung dieses Marktes und macht Europa zu einem größeren Spieler in der Weltwirtschaft. Aber damit ist Europa noch nicht für die weitere Zukunft gerüstet.

Die Wechselkurs- und Zinspolitik haben die nationalen Regierungen aus den Händen gegeben, aber was geschieht mit der makroökonomischen und sozialökonomischen Politik? Die ist zwar den Mitgliedsstaaten vorbehalten geblieben, aber ist es nun eine Frage des Abwartens, wie die einzelnen Mitgliedsstaaten zurechtkommen? Oder werden wir uns womöglich mehr aufeinander abstimmen? Und wenn ja, wer führt dann die Regie? Und welche Kriterien werden dabei angewandt? Es wurden inzwischen verschiedene Instrumente für die sozialökonomische Politik entwickelt. Es gibt die wirtschaftlichen Richtlinien. Der Punkt Arbeitsplätze ist in den Vertrag von Amsterdam aufgenommen. Als Folge daraus wurde der Gedanke nationaler Aktionspläne weiter fortgeführt. Aber es gibt keine zwingende europäische Regie in Bezug auf die Arbeitsmarktpolitik. Es besteht wohl eine Annäherung der „besten Praxis" und des Erwartungsdrucks. Dabei werden die jeweiligen Erfahrungen systematisch zur Kenntnis genommen und die besten Ergebnisse verwertet, zum Beispiel bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder dem Übergang von der Ausbildung zur Berufstätigkeit nach den Lehrzeit. In der Praxis sieht es so aus, dass, sobald man darauf angesprochen wird, dass die eigenen Resultate hinter denen anderer Länder zurückgeblieben sind, versucht wird, bessere Resultate zu erzielen.

Nach meiner Ansicht muss, da nun die monetäre Politik in Europa zentralisiert wurde, die makroökonomische politische Koordination unvermeidlicherweise verbessert werden. In ökonomischer Hinsicht scheint Europa ein Pfannkuchen zu sein, der in der Mitte schon fertig, am Rand aber noch nicht ganz gar ist; die Diversität ist groß. Die Zins- und Wechselkurspolitik basiert auf Durchschnittswerten, sodass es doch wohl eine Art von budgetärer und wirtschaftlicher Abstimmung geben wird.

Wenn wir in der Praxis die politische Koordination verstärken, zum Beispiel im Bereich der Steuerpolitik, dann werden doch die Möglichkeiten für nationale Politik, einschließlich der derzeitigen Formen des Politikwettbewerbs, eingeschränkt.

Sie können diese Frage auf zwei verschiedene Arten betrachten. Erstens kann festgestellt werden, dass der Umfang der nationalen politischen Konkurrenzsituation begrenzt ist und

die EU den nationalen politischen Rahmen beschränkt. Irland hat zum Beispiel in der jüngsten Vergangenheit eine Art fiskales Dumping betrieben, indem die Unternehmenssteuern erheblich gesenkt wurden. Ab einem bestimmten Moment werden die anderen EU-Länder sagen: dies ist schädliche Wettbewerbspolitik, die unterbunden werden muss. Von einer Harmonisierung der Steuerpolitik kann in Europa nicht die Rede sein – das wäre für mich auch zu viel des Guten – aber man sollte doch nach Formen der Abstimmung suchen, um schädliche politische Konkurrenz zu vermeiden und so nationale politische Unterschiede zu vermindern.

Gleichzeitig bietet die europäische Koordination Möglichkeiten, die den Mitgliedsstaaten allein nicht zur Verfügung stehen. Dies gilt beispielsweise für eine umweltgerechte Steuerpolitik. Bei unseren Vorschlägen für eine Reform der Steuerpolitik für das 21. Jahrhundert sehen wir eine umweltgerechtere Steuerpolitik vor. Würden wir zu einer gemeinsamen Auffassung in Europa gelangen, könnten unsere Ambitionen besser zu ihrem Recht kommen. Es könnte zum Beispiel eine Kerosinsteuer eingeführt werden und Europa dabei unterstützt werden, verschiedene zusätzliche Dinge in Angriff zu nehmen, die auf nationalem Gebiet nicht realisierbar sind, da man sonst Gefahr läuft, sich aus dem Markt zu katapultieren.

Haben sich nun die Perspektiven auf eine umweltgerechte Steuerpolitik durch eine europäische Koordination verbessert, da in Deutschland ein Regierungswechsel stattgefunden hat und in den meisten andern Ländern Sozialdemokraten (mit-)regieren?

Die Trennlinie zwischen progressiv und nicht progressiv ist nicht so scharf durch ganz Europa zu ziehen. Wenn man zum Beispiel von progressiven Parteien in Südeuropa spricht, stellt sich heraus, dass diese nicht so sehr an der Ökologisierung der Steuern interessiert sind. Sie behaupten, dass sie sich in einer anderen Phase der wirtschaftlichen Entwicklung befinden. Manchmal stimmt dies auch, manchmal ist dieses Argument ein wenig an den Haaren herbeigezogen.

Beobachter kommen zu dem Schluss, dass ein neuer Kompromiss auf dem Gebiet Arbeit eingegangen wird: Größerer Flexibilität steht eine Verbesserung der Arbeitsqualität gegenüber. Gleichzeitig haben viele Menschen der Berufsgruppen mit geringerem Einkommen nichts von diesem Kompromiss; für sie nimmt die Flexibilität zwar zu, nicht aber die Arbeitsqualität. Geraten die Zurückgebliebenen, die nicht so gut in das Bild des flexiblen Arbeitnehmers passen, nicht zu sehr aus dem Blickfeld?

Das darf natürlich nicht geschehen. Ich denke, dass das Problem zu Recht so dargestellt wird. Die Frage ist natürlich, was wir damit machen? Wir erfahren tatsächlich spektakuläre Entwicklungen in unserer eigenen Wirtschaft, in unserer eigenen Gesellschaft, die nur in beschränktem Maße beeinflussbar sind. Sie bieten übrigens viele ausgezeichnete Möglichkeiten. Dabei müssen wir allerdings auf die Generationsunterschiede achten. In den jüngeren Generationen können manche Menschen aus verschiedenen Gründen nicht vollständig mithalten; aber ich gehe nicht davon aus, dass sich hier eine Schere öffnet. Wir müssen ihnen von der frühesten Jugend an gleiche Chancen auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung bieten, unter Anwendung der derzeitigen Informations- und Kommunikationstechnologie. Ihr Leben wird von Mobilität und Flexibilität gekennzeichnet sein. Die Ausbildung wird ihnen die Instrumente in die Hand legen, um dies auf verant-

wortungsbewusste Weise umzusetzen. Ich verstehe, dass dies einfacher gesagt als getan ist, aber die Politik muss sich in diese Richtung entwickeln. Für die neue Generation steht die Möglichkeit, eigene Entscheidungen zu treffen und dem Leben eine eigene Richtung zu geben, im Vordergrund.

Viele Menschen der älteren Generation können mehr oder weniger mit dieser Entwicklung mithalten, wobei Flexibilität, Mobilität, Anpassungsvermögen und Nutzung neuer Chancen im Mittelpunkt stehen. Es gibt jedoch auch Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft, mangelnder Möglichkeiten in der Vergangenheit oder aus anderen Gründen, nicht mit dem Modernisierungsprozess Schritt halten können. Ich behaupte nicht, dass es eine Lösung für diese Problemstellung gibt. Aber man kann diese Frage bestimmt auf verschiedene Teilprobleme ausrichten, Optionen vorschlagen und politische Initiativen entwickeln, wodurch die Problematik als Ganzes eingegrenzt wird. Durch die Sozialpolitik – das ist mehr als Arbeitsmarktpolitik, aber Arbeitsplätze spielen dabei eine wichtige Rolle – können deren Chancen erhöht werden bzw. lässt sich der Mangel an Chancen einschränken. Wir haben beispielsweise in den Niederlanden in der abgelaufenen Legislaturperiode die Nebenkosten für Arbeitnehmer, die einfache Tätigkeiten verrichten, gesenkt. Wir haben Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeführt, damit jeder, der arbeiten kann, auch in den Arbeitsprozess integriert wird. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen waren in dieser Hinsicht ein Durchbruch, von dem einige europäische Ländern sagen, das er ihnen die Mühe wert gewesen sei. Wir sollten unsere Betrachtung nicht zu einseitig werden lassen. Für Menschen ohne Wahlfreiheit sollten jedoch die Begriffe Flexibilität und Einsatzmöglichkeit nicht verwendet werden.

Müssen wir nicht den Schluss ziehen, dass für manche Gruppen die Flexibilisierung der Arbeit inzwischen über das Ziel hinaus schießt?

Ich erinnere mich noch an die Diskussion über Flexibilität und Sicherheit im letzten Kabinett, als wir die ersten Schritte in Richtung Flexibilisierung gegangen sind. Sicherheit war der Rettungsring und verwies auf die Rechte, die ein Arbeitnehmer hatte; Flexibilisierung bedeutete die Sicherheit, dass man auf diese Rechte zählen konnte, wenn man nicht mehr an Bord war.

Inzwischen hat die ganze Diskussion eine andere Wendung genommen. Flexibilisierung ist nicht mehr ein Begriff, bei dem der Unternehmer den Ton angibt und der sich nicht mehr ausschließlich auf die Arbeitsorganisation bezieht. Die Debatte über Flexibilität geht nun in die Richtung, auf welche Weise Arbeit und Erziehung kombiniert werden können und welche Möglichkeiten des Bildungsurlaubs bestehen. Da bald die Mehrheit der Arbeitnehmer aus Doppelverdienern besteht, werden wir intelligente Möglichkeiten finden müssen, um die Verpflichtungen, die sich aus der Arbeit ergeben, mit den Prioritäten im Bereich häuslicher Krankenpflege und der Nutzung der Freizeit zu kombinieren. Früher war dies übersichtlich. Heute entstehen verschiedene Muster. Es werden sowohl durch den Gesetzgeber als auch durch Tarifverhandlungen hierfür Möglichkeiten geschaffen werden müssen.

Ich sehe nicht ein, warum diese Vielzahl von Arbeits- und Lebensmustern als etwas Bedrohliches oder Schädliches angesehen werden muss, soweit wir Politiker für einen Ausgleich sorgen und beim Kräftemessen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ausreichend Konfrontation und Zusammenarbeit herrscht – Konfrontation, wo notwendig, und Zusammenarbeit, wo möglich.

Es gibt die Behauptung, dass die Einkommenspolitik in der abgelaufenen Legislaturperiode Folge der Arbeitsmarktpolitik ist. Daraus resultiert die Ansicht, dass der Einkommenspolitik wieder eine stärkere und selbständigere Position zukommen sollte.

Ich war nicht der Ansicht, dass die Einkommenspolitik im Schatten der Arbeitsmarktpolitik steht. Ich gebe jedoch zu, dass die Teilnahme am Arbeitsmarkt eine der ersten Forderungen für eine dauerhafte Einkommenspolitik ist. Ich würde bis zum Letzten dafür kämpfen, dass wir an Stelle einer anderen Sache, etwas Höherem, danach streben, optimale Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Der Slogan „Arbeit, Arbeit und noch einmal Arbeit" hat von seiner Aktualität nichts verloren. Die Arbeitsplatzentwicklung war im Vergleich zum Beginn der achtziger Jahre positiv, aber die Erwerbsquote liegt in den Niederlanden nur wenig über dem europäischen Durchschnitt. Der Anteil der Arbeitnehmer über 55 Jahre ist gering. Wir benötigen auch in Zukunft eine hohe Erwerbsbeteiligung am Arbeitsmarkt, um beispielsweise die Renten finanzieren zu können. Die Teilnahme am Arbeitsmarkt bedeutet zudem die Schaffung von Einkommen, Beteiligung an der Gesellschaft und das Gefühl, dazuzugehören. Wir knüpfen dabei jedoch durchaus Bedingungen an Arbeitsqualität, an Arbeitsumgebung und Lohn- bzw. Gehaltsniveau. Wir verfügen über eine Reihe von Standards, die wir nicht gerne beiseite räumen möchten.

Es gab eine Zeit, in der wir daran zweifelten, ob es uns jemals wieder gelingen würde, in die Nähe der Vollbeschäftigung zu rücken. Es gab eine Zeit, in der wir dachten, dies könnte nur durch eine radikale Kürzung der Arbeitszeit auf 25 Wochenstunden erreicht werden. Es gab natürlich eine Vielzahl von Menschen, die nicht zu 100 Prozent arbeitsproduktiv und dadurch arbeitslos oder erwerbsunfähig waren. Die Entwicklung der letzten vier bis fünf Jahre hat uns die Überzeugung gegeben, dass ein Niveau, das sich einer Vollbeschäftigung nähert, wieder erreichbar ist.

Ist mit der Arbeitsmarktpolitik alles über die Einkommenspolitik gesagt? Nein. Aber ich bleibe dabei, dass die spektakuläre Schaffung neuer Arbeitsplätze – auch für Menschen mit schlechterer Ausbildung – nicht zu einer ungleicheren Einkommensverteilung beigetragen hat. Ich denke, dass mehr Menschen durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze an der Vermögensbildung, und sei es nur in einem bescheidenen Maß, teilhaben können. Ohne dieses Ergebnis wäre es nicht möglich gewesen, das Verhältnis zwischen der erwerbstätigen und der nicht erwerbstätigen Bevölkerung wieder auf ein vertretbares Niveau zu bringen. Es wäre ebenfalls nicht möglich gewesen, die Kopplung zwischen Lohnniveau und staatlichen Leistungen, einschließlich Rente, zu finanzieren, und gerade dann wären die Menschen mit dem geringsten Einkommen, die nicht am Arbeitsprozess beteiligt sind, diejenigen gewesen, die am meisten benachteiligt worden wären.

Damit will ich jedoch nicht zum Ausdruck bringen, dass nun jeder eine Arbeit hat und nicht mehr nach einer besseren Einkommensverteilung gestrebt werden muss.

Nun hat aber die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung seit Beginn der achtziger Jahre zugenommen. Und zwar geht es um ein starkes Vermögenswachstum an der Spitze. Ist es mit der heutigen Internationalisierung der Ökonomie noch möglich, über die nationale Steuerpolitik dieses Vermögenswachstum an der Spitze in den Griff zu bekommen?

Meine Antwort hierauf ist nicht so schnell gegeben, wie die Frage gestellt wurde. Auch in Zeiten, als man noch von einer übersichtlichen nationalen Wirtschaft sprechen konnte, war

es nicht möglich, diese Spitze in den Griff zu bekommen. Jetzt, da die Grenzen eine immer geringere Rolle spielen, ist natürlich auch die grenzüberschreitende Vergrößerung des Vermögens ein Faktor geworden, bei dem fiskale Regeln und die Steuergesetzgebung nur in einem sehr geringen Maße eine korrigierende Wirkung ausüben können.

Ist das nicht eine betrübliche Schlussfolgerung für einen Sozialdemokraten?

Ich fände es eine betrüblichere Schlussfolgerung, wenn ich hier das Gegenteil behaupten würde. Dann würde ich nämlich eine illusorische Politik betreiben. Damit soll nicht ausgedrückt werden, dass es keine Instrumente gibt bzw. diese nicht entwickelt werden müssen, um der Vermögensungleichheit Schranken zu setzen. Aber sparsame Menschen, die in der Lage sind, über die Grenzen hinweg ihr Geld zu investieren, haben häufig unbegrenzte Möglichkeiten.

Untergräbt das nicht einen Großteil der sozialdemokratischen Absichten?

Ich finde nicht, dass dadurch ein Großteil der sozialdemokratischen Absichten untergraben wird.

Gelangen Sie da nicht automatisch zu der Begründung, die häufig in sozialdemokratischen Kreisen verwendet wird:„Es geht weniger darum, die Reichen weniger reich zu machen, sondern es geht darum, die Armen weniger arm zu machen. Konzentriere dich darauf, und was da oben läuft, daran können wir sowieso nichts ändern"?

In jedem Fall bringt mich die Feststellung, dass noch keine Lösung für spekulatives Vermögenswachstum gefunden ist, nicht von der Notwendigkeit ab, dafür zu sorgen, dass Menschen, welcher Herkunft auch immer, an einer Wirtschaft partizipieren können, die durch eine stürmische technologische Entwicklung gekennzeichnet ist. Es bringt mich nicht davon ab, innerhalb der Grenzen des Möglichen das Steuersystem zu ökologisieren und das Muster für Einkommensverhältnisse gerechter zu gestalten.

Einige sind der Ansicht, dass in der heutigen Wirtschaft das spekulative Element überhandnimmt, dass die Börsenstände in irreale Höhen getrieben werden und –mit Worten des Arbeitgebervorsitzenden Wientjes ausgedrückt – das Unternehmensleben eher darauf ausgerichtet ist zu übernehmen, statt zu unternehmen.

Mein Eindruck ist, dass wir in unserem Teil der Welt – die USA eingeschlossen – auf einer Art Vulkan leben. Die derzeit entstehenden Wertpapiergewinne haben nicht nur eine reelle, sondern auch eine virtuelle Komponente. Auf dem Immobilienmarkt werden Preise notiert, die nicht mehr den reellen Wert der Immobilien wiedergeben. Der Wertzuwachs, der an der Börse sichtbar ist, kann sich lediglich halten, so lange wir der Überzeugung sind, dass wir mit einem anhaltenden Wachstum rechnen können. In dem Moment, in dem das Vertrauen ausbleibt – und hoffen wir, dass das nicht passiert – kann ein großer Teil der Spekulationsgewinne sich in Verluste verwandeln und eine Vielzahl von Schneeballeffekten nach sich ziehen. Fühle ich mich dabei wohl? Nein. Und zwar weil ich, genauso wenig wie viele andere auch, nicht genau feststellen kann, wann die Kurse und Preise tatsächlich den reellen Wert der Aktien und Immobilien widerspiegeln.

Das spekulative Element kommt nicht direkt aus dem Unternehmen. Spekulationsgewinne werden ohnehin nicht durch einen Unternehmer gebucht. Es wird zu wenig unternommen, dabei ist sehr viel mehr Kapital in unserem Land und in Westeuropa, als für Unternehmen eingesetzt wird. Es ist eben ein großes Problem, dass zurzeit das unternehmerische Risiko von oben herab betrachtet wird mit dem Gedanken: Ich kenne eine einfache Art, Geld zu verdienen, ohne Schwierigkeiten und ohne Probleme mit Arbeitnehmern. Wirklich unternehmen, neue Ideen umsetzen, daran mangelt es derzeit. Es ist in der Tat ein Übernahmefieber entstanden. Aber dies gilt nicht allein für die Niederlande und für Europa. Die Tendenz zur Übernahme ist ein weltweites Phänomen.

Wir kennen in den Niederlanden eine soziale Form des Kapitalismus, in der die Unternehmung vor allem auf mittel- bis langfristige Ziele ausgerichtet ist, in der die Interessen der Arbeitnehmer und Verbraucher berücksichtigt werden. Bedeutet ein größerer Nachdruck auf die direkten Interessen der Aktionäre – der Shareholder-value – nicht einen tiefen Bruch in diesem System, auf den wir die politische Antwort noch schuldig bleiben?

Ich sehe hier manchmal die Neigung, zwar kurzfristig bedeutende und für die Aktionäre interessante Ergebnisse hervorzubringen, die jedoch mit unzureichendem Blick für mittel- und langfristige Entwicklungen erzielt werden. Dieses Phänomen existiert nicht nur in anderen Ländern, sondern ist auch in den Niederlanden und in Westeuropa sichtbar. Dem kann nur entgegnet werden, indem in der öffentlichen Meinungsbildung, in der öffentlichen Debatte und in den sozialökonomischen Beratungen dieses Phänomen thematisiert wird. Das bringt uns zurück zum „Poldermodell". Der Vorsitzende der SER, Wijffels, ist offen für das Thematisieren von Risiken, die entstehen, wenn die politischen Beschlüsse durch allzu kurzfristige Interessen und Überlegungen gekennzeichnet sind. Für Arbeitnehmer ist dieses Thema ebenfalls von Interesse, da über ihre Köpfe hinweg Beschlüsse gefasst werden, die mittelfristig weitreichende Folgen haben. Es ist daher positiv, dieses Thema zu erörtern, sich gegenseitig zu informieren und das Thema zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion zu machen.

Mein Eindruck ist, dass der überwiegende Teil der niederländischen Unternehmen nicht auf kurzfristige Gewinne schielt, sondern dass Dauerhaftigkeit die langjährig fortbestehende Richtschnur zur Beschlussfassung ist. Die höhere Anzahl an Arbeitsplätzen findet man in Unternehmen mit 100 bis 150 Beschäftigten. Wir dürfen uns somit nicht an den großen Namen orientieren, die in *Fortune* aufgeführt sind. Aber auch die großen Unternehmen, die Übrigens eine starke Basis in unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft haben, werden nicht auf eine Art geführt, die unverantwortlich kurzfristige Interessen in den Vordergrund stellt. Ich habe nicht das Gefühl, dass hier eine Zeitbombe tickt, die mich gesellschaftlich oder politisch beunruhigen müsste.

Etwas anderes ist, dass eine große Menge Spekulationskapital auf dem Markt in Bewegung ist. Wir haben vor ein paar Jahren die Auswirkungen hiervon gesehen, als ganze Volkswirtschaften infolge kurzfristiger Kapitalbewegungen ins Schwanken gerieten. Weder der private Sektor noch die internationale Wirtschaftswelt hat etwas davon, wenn durch den Dominoeffekt die Volkswirtschaften etlicher asiatischer oder südamerikanischer Länder zusammenbrechen. Hier laufen die Interessen von Regierungen, internationalen Institutionen und der internationalen Wirtschaft enger zusammen, als wir dies gewöhnlich vermuten würden.

Welche institutionelle Reform würde zu mehr Stabilität beitragen?

Darüber wird natürlich umfassend nachgedacht, auch innerhalb internationaler Organe wie der Weltbank oder des IWF. Wir werden prüfen müssen, ob die Lösung auf nationaler Ebene in der schärferen Kontrolle der Banken liegt oder in der Beschränkung bestimmter internationaler Spekulationsbewegungen. In jedem Fall müssen die sozialdemokratischen Regierungen darin kräftig investieren.

Im wirtschaftlichen Denken und in der Wirtschaftspolitik spielen Innovation und Unternehmertum als Ursache für wirtschaftliches Wachstum eine immer größere Rolle. Sollte die Förderung von Unternehmertum nicht ein Teil der sozialdemokratischen Agenda sein?

Ich dachte, das wäre bislang so. Ich dachte, dass die Sozialdemokratie heutzutage sehr eng mit den Unternehmen verbunden ist. In unserem Land sorgen die kleinen und mittleren Unternehmen für das Gros der Arbeitsplätze. Unternehmen ist ein allgemeines gesellschaftliches Phänomen geworden. Einige betätigen sich als selbständige Unternehmer, aber auch viele lohnabhängig Beschäftigte haben eine unternehmerische Haltung.

Wir haben große Sympathien für Unternehmensgründer, die ihre Ideen umsetzen. Dann können wir doch auch Sympathien für die Unternehmensgründer hegen, die ihre Ideen bereits umgesetzt haben. Wenn man auf verantwortungsvolle Weise seinen Verpflichtungen und Aufgaben nachkommt, dann habe ich für Unternehmertum viel übrig. Ich glaube nicht, dass jemand in eine bestimmte Schublade gesteckt werden kann, weil er Unternehmer ist, weil er mit wirtschaftlichen Aktivitäten etwas zustande gebracht hat, das gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen und Anderen Arbeitsplätze bieten kann.

Etwas anderes ist, dass die Verlockung zum Spekulieren sehr groß geworden ist – sicherlich auch, weil sehr viel Kapital zur Verfügung steht. Ein Teil des hier erworbenen Kapitals wird zudem anderswo in der Welt investiert, auch in Niedriglohnländern. Aber das wollen wir ja auch gerne: dass auch andere Länder sich mit dem in den Niederlanden gesammelten Kapital weiterentwickeln.

Der amerikanische Publizist und Demokrat Robert Kuttner stellt sich in dem Buch „Everything for sale?" die Frage, ob wir nicht auf ein Zusammenleben hinsteuern, in dem alles käuflich ist, unabhängig davon, ob es sich hierbei um einen Fußballverein handelt oder den öffentlichen Sektor. Beunruhigt Sie eine solche Entwicklung? Müsste die Sozialdemokratie aus ihrer kulturellen Inspirationsquelle dem nicht etwas entgegensetzen? Oder sagen Sie: Ich sehe die Gefahr der fortschreitenden Kommerzialisierung nicht so?

Es begann alles so simpel vor vierzig Jahren. Der Torhüter von Ajax Amsterdam spielte bei Feyenoord weiter. Es war damals noch kein großer Kommerz, er hat höchstens ein Taschengeld erhalten. Danach haben wir den bezahlten Fußball bekommen. Anschließend wurde der Fußball vollständig kommerzialisiert. Derzeit läuft alles über das große Kapital und das Fernsehen. Vielleicht gibt es noch einen erhabenen europäischen Pokal und danach noch einen, um den die Besten Europas mit den Besten Südamerikas kämpfen. Dann hört es auf, dann gibt es nichts mehr. Das bringt mich nicht um den Schlaf.

Wichtiger dagegen finde ich die Frage, ob das System der sozialen Versorgung durch die Einführung der Marktwirtschaft einem gewissen Degenerationsprozess unterliegt; ob sich die Qualität der Gesundheitsversorgung, der Schulbildung oder anderer Teile des öffentli-

chen Sektors dadurch verringert. Ich sehe nichts Falsches darin, dass sich Einrichtungen der öffentlichen Hand im Bereich der sozialen Sicherheit im Hinblick auf Zweckmäßigkeit und Qualität der Funktionen beweisen. Menschen brauchen stets einen Anreiz oder etwas Druck, um zweckmäßig zu funktionieren. Ich finde es als Steuerzahler eigentlich ganz in Ordnung, dass die Gelder, die ich dem Staat anvertraue, auf eine Art und Weise verwendet werden, in der Qualität und Zweckmäßigkeit verankert sind.

Es gibt Teile des öffentlichen Sektors, in denen man nicht mit Grundsätzen der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs arbeiten kann; auf anderen Gebieten geht das schon. Ich sehe nichts Falsches darin, wenn unter strengen Bedingungen Marktwirtschaft und Privatisierung in den Bereichen Preis, Qualität und Zugänglichkeit in diesen Teilen des öffentlichen Sektors eingeführt werden. Ich würde es für unannehmbar halten, wenn Grenzen überschritten würden und dadurch die Zugänglichkeit nicht mehr gewährleistet wäre und eine Zweiteilung der Leistungen oder sonstige Auswüchse entstehen würden. Andererseits würde ich es als Bürger grässlich finden, wenn ich dem Staat Geld gebe, ohne das Vertrauen zu haben, dass es gut verwendet wird.

Einige sind der Ansicht, dass wir in den Niederlanden ziemlich ausgeprägt mit der Privatisierung und der Marktwirtschaft im öffentlichen Sektor und der sozialen Sicherheit umgehen.

Das war auch ziemlich notwendig. Natürlich ist es immer wichtig, die entstandenen Effekte zu untersuchen und zu bewerten. Es kann sein, dass wir dann zu der Schlussfolgerung gelangen, dass wir hier oder dort einen kleinen Schritt zu weit gegangen sind. Aber unsere ursprüngliche Situation war vom Ideal weit entfernt. Die soziale Sicherheit beispielsweise – und die Weise, auf die in verschiedenen Bereichen hiervon Gebrauch gemacht wurde – bietet in unserem Land immer noch Anlass zur Korrektur.